Verteidigungsausschuss
21. Wahlperiode

Deutscher Bundestag

Ausschussdrucksache 21(12)534

53100 29. Oktober 2026

Stellungnahme des Sachverständigen Martin Kaiser, Greenpeace e.V., zur öffentlichen Anhörung zum Entwurf eines Bundeswehr-Infrastrukturbeschleunigungsgesetzes (BT-Drucksache 21/8409)

Dem Ausschuss ist das vorliegende Dokument in nicht barrierefreier Form zugeleitet worden.

An
die Ausschussmitglieder

Per E-Mail an: verteidigungsausschuss@bundestag.de

Ansprechpartner:
Georg P. Kössler
Leiter Politik
georg.koessler@greenpeace.org

29.10.2026

Schriftliche Stellungnahme zum Bundeswehr-Infrastrukturbeschleunigungs-gesetz (Bw-IBG)

Sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender,

ich danke für die Möglichkeit der schriftlichen Stellungnahme und verweise für die fachlichen Fragen auf die gemeinsame Stellungnahme von Greenpeace e.V., Green Legal Impact u.a. Verbänden zum Referentenentwurf des vorliegenden Gesetzes. Uns sind die bereits erfolgten Veränderungen in der Kabinettsfassung bewusst, dennoch halten wir die Stellungnahme im Rahmen der Anhörung für relevant.

Insbesondere möchten wir unsere Kritik an der **beinahe inflationären Nutzung des Konstrukts „überragendes öffentliche Interesse“** in jedem der bisherigen grauen Infrastrukturgesetze auch hier noch einmal zum Ausdruck bringen. Es ist erschreckend, wie der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen und somit insbesondere die Interessen zukünftiger Generationen mit erschreckender Konsequenz depriorisiert werden.

Angesichts von über 16.000 Hitzetoten allein in diesem Sommer in Deutschland und den offensichtlichen **Verzahnungen von Klima- und Biodiversitätskrise sowie der menschlichen Sicherheit** muss auch der Verteidigungsausschuss sich diesem Thema zuwenden. Nicht zuletzt die Universität der Bundeswehr München hat mit ihrer NIKE-Studie diese Notwendigkeit eindrücklich gezeigt. Eine umfassende Sicherheitsstrategie sollte Verteidigungsfähigkeit, Resilienz und Nachhaltigkeit beinhalten, wenn es Ihnen umfassend um das Wohl der Menschen geht.

Wir fordern daher, endlich das von der Koalition versprochene **Natürliche-Infrastruktur-Gesetz** (NatInfG) ins parlamentarische Verfahren so zu geben, dass es parallel und verzahnt mit dem BW-IBG verhandelt werden kann. Das NatInfG sollte auf etwa 30% der Landfläche Natur rechtlich über graue Infrastrukturplanungen stellen, auf 70% der Fläche Kompensation und Ersatz

Greenpeace e.V. Hongkongstraße 10, 20457 Hamburg / T 040 30618-0 / F 040 30618-100 / mail@greenpeace.de / greenpeace.de
Politische Vertretung Berlin: Marienstraße 19–20, 10117 Berlin / T 030 308899-0 / F 030 308899-30

wirksam organisieren. Wälder und landwirtschaftliche Böden kollabieren ökologisch, die Zerschneidung von Ökosystemen schwächt erheblich unsere Klimaresilienz, gefährdet das Trinkwasser sowie die Ernährungssicherheit der Menschen. Deshalb dürfen graue und essenzielle, grüne Infrastruktur nicht als Gegensatz gesehen werden, sondern als Teil einer umfassenden Sicherheitsstrategie. Mit einer raumplanerischen Lösung können die Bedarfe auf beiden Seiten gelöst werden.

Statt geltendes Umweltrecht weiter zu entkernen, braucht es für eine Planungsbeschleunigung für die Bundeswehrinfrastruktur vielmehr eine besser integrierte Raumplanung, bessere Ausstattung der Genehmigungsbehörden und mehr Digitalisierung.

Das hier vorliegende **Bw-IBG halten wir aus umwelt- und sicherheitspolitischer Sicht daher für nicht zustimmungsfähig**.

Mit freundlichen Grüßen



Martin Kaiser
Geschäftsführender Vorstand

Greenpeace e.V. Hongkongstraße 10, 20457 Hamburg / T 040 30618-0 / F 040 30618-100 / mail@greenpeace.de / greenpeace.de
Politische Vertretung Berlin: Marienstraße 19–20, 10117 Berlin / T 030 308899-0 / F 030 308899-30